

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2018

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
EuGH zur Visumpflicht für nachziehende türkische Eheleute	1
Europäisches Solidaritätskorps: Erste Projektvorschläge können eingereicht werden	1
Europäische Kommission: Arbeitsmarkt und soziale Entwicklungen in Europa	1
Verwendung eines öffentlichen Fotos auf Schulwebsite bedarf Zustimmung des Urhebers.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Großbritannien: Studie zu Scheidungsgründen in England und Wales	2
Großbritannien: Oberste Gerichtshof zur Anerkennung von Scharia-Ehen	2
Schweizer Familienkommission fordert Einführung von Elternzeit	3
Österreich führt Deutsch-Förderklassen für Kinder mit Migrationshintergrund ein	3
Österreichischer Gesetzesentwurf: weniger Kindergeld für EU-Ausländer ab 2019	3
Ungarn: mögliches Verbot von Gender Studies an staatlichen Hochschulen	3
Belgien führt eine Ernährungsampel ein	4
Weitere Nachrichten	4
Katholischer Weltfamilientag 2018 fand in Dublin statt	4
International Youth Day 2018 fand unter dem Motto „Safe Spaces for Youth“ statt	4
Roadtrip-Projekt der Europäischen Kommission soll jungen Europäern EU-Werte vermitteln	4
Berichte und Studien.....	5
EPIC veröffentlicht Bericht zu Kinder- und Familienpolitik in Europa	5
EPIC veröffentlicht Memos zu Elternzeitpolitik und evidenzbasierten Praktiken	5
Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa: Zugang zu Kita-Betreuung	6
Journal of Marriage and Family: Zusammenleben, Heirat und familiäre Instabilität für Kinder	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	6

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EuGH zur Visumpflicht für nachziehende türkische Eheleute in Deutschland

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte am 7. August 2018 in einer sogenannten Vorabentscheidung dass ein deutsches Visumserfordernis für nachziehende türkische Ehegatten nach Deutschland gerechtfertigt ist, wenn diese in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund von Ehegatten-Nachzug beantragen. In Härtefällen, könne laut EuGH jedoch auf eine Visumpflicht verzichtet werden. Das Urteil bezog sich auf den Fall einer türkischen Ehegattin, die ohne deutsches Visum über die Niederlande nach Deutschland eingereist war, um dort mit ihrem in Deutschland arbeitenden Ehemann zu wohnen. Sie hatte nach der Einreise einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt, der von den deutschen Behörden mit der Begründung zurückgewiesen wurde, dass sie ohne deutsches Visum nach Deutschland eingereist war und außerdem nicht über ausreichend Deutschkenntnisse verfüge. Die türkische Ehegattin hatte bereits in der Türkei mehrfach Anträge für ein deutsches Visum gestellt, die aber aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse zurückgewiesen worden waren.

Vorabentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs sind für die nationalen Gerichte bindend. Nationale Gerichte können dem EuGH eine Frage zur Vorabentscheidung vorlegen, wenn in dem nationalen Gerichtsverfahren unklar ist, wie europäisches Recht auszulegen ist.

➤ [Zur EuGH Entscheidung](#)

Europäisches Solidaritätskorps: Erste Projektvorschläge können eingereicht werden

Am 10. August hat die Europäische Kommission dazu aufgerufen, erste Projektvorschläge für ihr neu gestartetes Europäisches Solidaritätskorps Programm (ESK) (vgl. [EuropaNews Juli 2018](#)) einzureichen. Der Aufruf richtet sich an junge Menschen und Freiwilligengruppen in Europa, die Solidaritätsprojekte entwickeln wollen. Das Europäische Solidaritätskorps Programm soll vor allem junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren fördern, die sich innerhalb Europas in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Umwelt, Kultur, Soziales, Unterstützung von Flüchtlingen, Migranten, Kindern oder älteren Menschen engagieren. Förderfähig seien dabei individuelle Freiwilligentätigkeiten, Praktika und berufliche Tätigkeiten im Solidaritätsbereich. Die Frist zur Einreichung von Anträgen von Einzelpersonen für relevante Praktika und berufliche Tätigkeiten endet am 16. Oktober 2018. Projektvorschläge von Freiwilligenteams können bis zum 18. Januar 2019 eingereicht werden.

➤ [Weitere Informationen zum ESK-Programm und Aufruf](#)

Europäische Kommission: Arbeitsmarkt und soziale Entwicklungen in Europa

In ihrem jährlichen Report "Employment and Social Developments in Europe: Annual Review 2018" (ESDE) hat die Europäische Kommission die Entwicklungen des europäischen Arbeitsmarktes und Sozialstrukturen untersucht. Der Report legt dar, dass die europäische Beschäftigungsrate im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 anstieg. Parallel zu diesem Anstieg seien die Arbeitslosen- und Armutsraten in Europa gesunken. Einkommensungleichheit bleibe ein fortdauerndes Problem innerhalb Europas. Der Fokus des Reports liegt auf einer Analyse des Arbeitsmarktwandels im Zuge der Globalisierung und Digitalisierung. Die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung von Produktionsverfahren habe eine große Auswirkung auf den europäischen Arbeitsmarkt, in dem sich Beschäftigte den neuen Arbeitsmechanismen anpassen müssen. Laut dem Report würden solche Entwicklungen Arbeitsplatzverluste (vor allem im produzierenden Industriesektor), aber auch neue Arbeitsplätze (vor allem im Technologiesektor für Hochqualifizierte) mit sich

bringen. Mit der „New Skills Agenda“, die im Juni 2016 verabschiedet wurde, setzt sich die Europäische Kommission unter anderem dafür ein, dass Arbeitnehmer/innen in der Zeit des digitalen Wandels die nötigen Kenntnisse vermittelt bekommen, die in Zukunft auf dem europäischen Arbeitsmarkt gebraucht würden.

- [Link zum ESDE Report](#) 
- [Link zur New Skills Agenda](#) 

Verwendung eines öffentlichen Fotos auf Schulwebsite bedarf Zustimmung des Urhebers

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte am 7. August 2018, dass die Verwendung eines Fotos, das im Internet mit Zustimmung des Urhebers frei zugänglich ist, bei Veröffentlichung auf einer anderen Website der erneuten Zustimmung des Urhebers bedarf. Das Urteil bezieht sich auf einen Fall, in dem eine Schülerin in Deutschland (Nordrhein-Westfalen) ein Foto von einer Reisemagazin-Website für ein Referat verwendet hatte, welches dann auf ihrer Schulwebsite veröffentlicht wurde. Das Foto war auf der Reisemagazin-Website frei zugänglich gewesen, wo es mit Zustimmung des Urhebers veröffentlicht wurde. Die weitere Veröffentlichung auf der Schulwebsite fand ohne Zustimmung des Urhebers statt, der daraufhin eine Klage gegen das Bundesland Nordrhein-Westfalen einreichte.

- [Zum Urteil des EuGH](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Großbritannien: Studie zu Scheidungsgründen in England und Wales

Eine Langzeitstudie der Nuffield Foundation („Finding Fault“) beschäftigt sich seit Oktober 2015 mit der Untersuchung von Scheidungsgründen in Großbritannien. Im Zuge der Studie wurden bisher ca. 500 Scheidungsfälle in England und Wales untersucht. Aktuelle Ergebnisse zeigen, dass oft übertriebene Scheidungsgründe aufgeführt würden, um das veraltete Scheidungsrecht zu umgehen. Laut der Studie seien bei 43% der Scheidungsvorgänge nicht die wahren Trennungsgründe genannt worden. Übertriebene Darstellungen fanden sich beispielsweise hinsichtlich (vermeintlichen) Ehebruchs und die Dauer der tatsächlichen Trennung. Die Studie reiht sich in verschiedene Diskussionen um das Scheidungsrecht in England und Wales ein. (vgl. [EuropaNews Juli 2018](#)).

- [Mehr Informationen zur Finding Fault Studie](#) 

Großbritannien: Oberster Gerichtshof zur Anerkennung von Scharia-Ehen

Der Oberste Gerichtshof in London hat im Fall einer Muslimin entschieden, dass diese auch nach der Trennung von ihrem Mann Anspruch auf dessen Unterhaltszahlungen habe. Im vorliegenden Fall waren die beiden Ehepartner durch eine „Nikah-Zeremonie“ im Rahmen einer Scharia-Ehe verheiratet worden, die in England bisher nicht als Ehe anerkannt worden war. Der zuständige Richter betonte allerdings, dass dieses Urteil nicht auf alle religiösen Ehe-Zeremonien anwendbar sei. Es müsse stattdessen zur Beurteilung solcher Ehen stets eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden. Im vorliegenden Fall hatte der Richter geurteilt, dass diese Scharia-Ehe als solche unter englischem Recht nicht als Nicht-Ehe behandelt werden dürfe, weil beide Partner über lange Zeit in England gelebt und Kinder großgezogen hatten und von den lokalen Behörden auch als Familie behandelt worden waren. Innerhalb Englands könnte diese Entscheidung vor allem für muslimische Frauen bedeutend sein, die durch eine Trennung von ihren Ehemännern bisher meist

auch den Anspruch auf Unterhaltszahlungen verloren haben, weil ihre Ehe und damit auch ihre Scheidung unter englischem Recht bisher nicht anerkannt wurde.

Schweizer Familienkommission fordert Einführung von Elternzeit

Am 20. August 2018 veröffentlichte die Schweizer Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) eine Studie zur Auswirkung von Elternzeit innerhalb der OECD-Länder. Die von der EKFF in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Schluss, dass sich eine Elternzeit positiv auf die Gesundheit von Mutter und Kind, auf die Gleichstellung von Mann und Frau sowie auf die Wirtschaft auswirkt. Desweiteren wird angemerkt, dass alle OECD-Länder, die eine Elternzeit eingeführt haben, diese seitdem auch beibehalten haben. Die Schweiz bilde laut Bericht das Schlusslicht in Bezug auf die Unterstützung junger Familien, da dort gesetzlich keine bezahlte Elternzeit existiert. Die EKFF sehe sich durch die Ergebnisse der Studie in ihrer langjährigen Forderung zur Einführung einer Elternzeit in der Schweiz bestätigt. Die EKFF ist eine außerparlamentarische Kommission und berät den Schweizer Bundesrat in Bezug auf familienpolitische Fragen.

➤ [Link zur EKFF-Forschungsstudie](#)

Österreich führt Deutsch-Förderklassen für Kinder mit Migrationshintergrund ein

Mit dem neuen Schuljahr erhalten in Österreich Kinder, die Probleme mit der deutschen Sprache haben (vor allem Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund), im Zuge der Einführung von neuen Deutsch-Förderklassen einen „außerordentlichen“ Status und sollen dazu verpflichtet werden, 15-20 Wochenstunden an diesen Klassen teilzunehmen. Sogenannte „sprachferne“ Fächer wie Turnen, Musik und Zeichnen sollen diese Kinder weiterhin in ihrer ursprünglichen Klassengemeinschaft verbringen. Ab September 2018 ist die Einführung von vorerst ca. 730 Deutsch-Förderklassen für landesweit ca. 11.300 Kinder vorgesehen, wobei ca. 300 dieser Klassen in Wien eingerichtet werden sollen.

Österreichischer Gesetzesentwurf: weniger Kindergeld für EU-Ausländer ab 2019

Die österreichische Regierung hat einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der die Kürzung des Kindergeldes für EU-Ausländer vorsieht. Das neue Gesetz soll ab Anfang 2019 gelten und für EU-Ausländer/innen in Österreich gelten, deren Kinder in Herkunftsländern mit niedrigeren Lebenshaltungskosten leben. Die Kindergeldzahlungen sollen laut dem Gesetzesentwurf an die jeweiligen Lebenshaltungskosten im Herkunftsland angepasst werden, was für diese Familien eine Kürzung bedeuten würde. Österreich verspricht sich durch den Gesetzesentwurf eine Vorreiterrolle innerhalb der EU. Die Änderung ist auch deshalb umstritten, weil die EU-Freizügigkeitsregelung eine solche Unterscheidung nicht vorsieht. Die EU-Kommission sowie zahlreiche EU-Staaten lehnen eine entsprechende Änderung ab. Eine Entscheidung des österreichischen Parlaments zu diesem Gesetzesentwurf wird im Herbst 2018 erwartet.

Ungarn: mögliches Verbot von Gender Studies an staatlichen Hochschulen

Durch eine angestrebte Verordnung der ungarischen Regierung soll es staatlichen Hochschulen zukünftig untersagt sein, das Fach Geschlechterstudien (Gender Studies) anzubieten. Durch dieses Verbot würde es nur noch privaten Hochschulen möglich sein, Gender Studies als Fach anzubieten. Betroffen wären vor allem zwei staatlich finanzierte Universitäten: die Eötvös-Loránd-Universität (ELTE) und die Central European University (CEU). Die ungarische Regierung begründet ihre Entscheidung unter anderem mit einer zu geringen Nachfrage dieser Ausbildung auf Ungarns Arbeitsmarkt.

Belgien führt eine Ernährungsampel ein

Belgien hat eine sogenannte Ernährungsampel eingeführt. Sie dient der deutlicheren Kennzeichnung von Nährwertanteilen wie Zucker und Salz auf Lebensmitteln. Belgien übernimmt das 2017 in Frankreich eingeführte farbbasierte „NutriScore-Modell“, das eine Gesamtbewertung der einzelnen Nährwertprofile vornimmt. Gesunde und ungesunde Nährwertbestandteile werden dabei mit Punkten bewertet und miteinander verrechnet. Das Ergebnis wird mit einer fünfstufigen Farbskala dargestellt, die zugleich mit den Buchstaben A-E hinterlegt ist. Ein Produkt mit einem günstigen, ausgewogenen Nährwertprofil erhält eine grüne Einordnung und den Buchstaben A, ein sehr unausgewogenes Produkt enthält eine rote Bewertung und den Buchstaben E. Die Pflicht zur Nährwertkennzeichnung ist EU-weit geregelt. Farbbasierte Ernährungsampeln können von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis eingesetzt werden.

Weitere Nachrichten

Katholischer Weltfamilienstag 2018 fand in Dublin statt

Der jährliche Katholische Weltfamilienstag fand vom 22. bis 26. August unter dem Leitwort „Das Evangelium der Familie: Freude für die Welt“ in Dublin statt. Diese Tage sind vor allem ein Forum für Christen und katholische Organisationen in Bezug auf eine Aktualisierung der Familienseelsorge. Der erste Katholische Weltfamilienstag fand 1994 auf Initiative von Papst Johannes Paul II statt. Im Zuge des diesjährigen Treffens hat Papst Franziskus eine Stärkung der Familie gefordert. Grundlage für das Familienleben müsse gegenseitige Liebe, Respekt und Verzeihen sein. In Dublin verurteilte er auch den Missbrauch von Minderjährigen, der durch Mitglieder der katholischen Kirche verursacht wurde.

International Youth Day 2018 fand unter dem Motto „Safe Spaces for Youth“ statt

Am 12. August 2018 fand der jährliche Internationale Tag der Jugend (International Youth Day) statt, dieses Jahr unter dem Motto „sichere Räume für die Jugend“ („Safe Spaces for Youth“). Die Vereinten Nationen und zahlreiche weitere internationale Organisationen haben an diesem Tag Veranstaltungen für junge Menschen organisiert und auf die Bedeutung von sicheren Räumen für junge Menschen aufmerksam gemacht. Dazu gehöre die Mitwirkung innerhalb einer Gemeinschaft ohne sich als Minderheit zu fühlen oder durch Belästigungen und Hass bedroht zu werden. Der Tag wurde von Veranstaltern auch dazu genutzt, die Wichtigkeit der Bekämpfung von Diskriminierung und Vorurteilen aufgrund von Geschlecht, kulturellem Hintergrund, sexueller Orientierung und Behinderung hervorzuheben. Sichere Räume könnten in diesem Zusammenhang sowohl digitale als auch öffentliche Räume sein, solange junge Menschen dort beispielsweise die Möglichkeit haben, neue Dinge zu lernen, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen, Initiative zu ergreifen und andere Menschen zu inspirieren. Die Vereinten Nationen haben zum International Youth Day 2018 ein Toolkit veröffentlicht, das einzelnen Menschen und Gruppen Anregungen zur Gestaltung sicherer Räume für junge Menschen gibt.

➤ [International Youth Day 2018 Toolkit](#)  

Roadtrip-Projekt der Europäischen Kommission soll jungen Europäern EU-Werte vermitteln

Mit einem „Roadtrip-Projekt“ der Europäischen Kommission soll jungen Europäer/innen die Möglichkeit gegeben werden, zu lernen, wofür die EU steht und was sie ausmacht. Dazu reisten vier Roadtrip-Teams mit je zwei Teilnehmer/innen auf verschiedenen Routen durch Europa. Am 24. August 2018 kamen die Roadtrip-

Teams nach ihren Reisen durch Europa in Berlin zusammen. Auf vier Routen (Mittelmeer, Atlantik, Donau und Ostsee) hatten die Duos mit Bussen Europa bereist und dabei insgesamt rund 100 EU-finanzierte Projekte in mehr als 20 europäischen Ländern besucht. Im Zuge der verschiedenen Reisen haben die Teilnehmer ihre Erfahrungen schriftlich und in Form von Filmen in verschiedenen sozialen Medien sowie auf der Roadtrip-Projekt Website geteilt. Die Geschichten sollen damit als virtueller Reiseführer durch Europa dienen.

➤ [Zur Roadtrip-Projekt Website](#) 

Berichte und Studien

EPIC veröffentlicht Bericht zu Kinder- und Familienpolitik in Europa

Die Europäische Plattform für Investitionen in Kinder (European Platform for Investing in Children, kurz EPIC) der Europäischen Kommission hat einen Bericht zur Kinder- und Familienpolitik in Europa veröffentlicht. In dem Bericht „Changes in Child and Family Policies in the EU28 in 2017“ nennt EPIC die Einführung der Europäischen Säulen sozialer Rechte (European Pillar of Social Rights) durch die Europäische Kommission als wichtige familienpolitische Veränderung im Jahr 2017. Mit 20 Kernprinzipien solle die Förderung fairer Arbeitsmärkte und Sozialsysteme in der Bereichen Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und Sozialschutz unterstützt werden. Laut Bericht werden diese Prinzipien sowie die 2013 herausgegebene Empfehlung der Europäischen Kommission „Investing in Children“ in den nächsten Jahren zu Veränderungen in der Kinder- und Familienpolitik in den Bereichen Zugang zu guter Kindertagesbetreuung, Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund und Work-Life-Balance beitragen.

➤ [Zum EPIC-Bericht](#)  

EPIC veröffentlicht Memos zu Elternzeitpolitik und evidenzbasierten Praktiken

EPIC hat außerdem zwei Policy Memos zur Familienpolitik in Europa veröffentlicht:

- Das Memo „Paternity and parental leave policies across the EU – Assessment of current provisions“ bietet einen Überblick zu bestehenden Vaterschafts- und Elternzeitbestimmungen in den verschiedenen EU-Ländern und setzt diese in Bezug zu den diskutierten Vorschlägen des Work-Life-Balance-Pakets der EU-Kommission (vgl. [EuropaNews Juli 2018](#)).

➤ [Link zum Memo](#) 

- Das Memo „Implementing evidence-based practices effectively – A practical guide“ bietet einen Leitfaden für die effektive Durchführung von evidenzbasierten Praktiken in Einrichtungen für Kinder, wie beispielsweise Schulen oder Kitas. Der Leitfaden empfiehlt vier Schritte der Implementierung: Erkundung (Bewertung der Umsetzungsbereitschaft), Installation (Beschaffung von Ressourcen die für die Implementierung benötigt werden), erste Implementierung (Frühe Stufen der Durchführung), volle Implementierung des Programms

➤ [Link zum Leitfaden](#) 

Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa: Zugang zu Kita-Betreuung

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa hat einen Bericht „Zugang zu qualitativ hochwertiger Kindertagesbetreuung – ein Schlüsselfaktor für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ veröffentlicht. Der Bericht listet unter anderem eine Reihe von EU-Initiativen auf, die die Bereitstellung von Kindertagesbetreuung für mehr Kinder voranbringen wollen. Im Bericht werden auch zwei Modellprojekte aus Deutschland und Lettland vorgestellt, in denen die Betreuungsangebote zu Randzeiten für atypisch Beschäftigte im Rahmen von Gutscheinsystemen ausprobiert werden.

➤ [Zum Bericht](#) 

Journal of Marriage and Family: Zusammenleben, Heirat und familiäre Instabilität für Kinder

Die im Journal of Marriage and Family veröffentlichte Langzeit-Studie „Social Class Divergence in Family Transitions: The Importance of Cohabitation“ untersucht unter anderem die Veränderungen von Ehe- und Familienstrukturen in den letzten 25 Jahren anhand der Ausbildung von Müttern. Sie kommt zu dem Schluss, dass Kinder von Müttern mit hohem Bildungsniveau weniger häufig von Veränderungen des familiären Zusammenlebens betroffen seien, als Kinder von Müttern mit niedrigem oder mittlerem Bildungsniveau. Generell gab es laut Studie jedoch eine Zunahme von Veränderungen im Zusammenleben von Familien für Kinder von Müttern in allen Bildungsniveaus. Dies sei eventuell durch den Trend neuer Familienformen im Vergleich zu alten Ehemustern zu erklären. Unter den Hochgebildeten sei die Ehe noch eine weit verbreitete Familienform. In dieser Kohorte seien nur 7% der zwischen 2005-2010 geborenen Kinder außerhalb von Ehen geboren worden.

➤ [Zur Studie](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
2.-5. Sep. 2018 Prag, Tschechien	International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN) 2018 conference „Child Protection in the Changing World“	IPSCAN
4. Sep. 2018 London, UK	Reinforcing Child Protection Online: Minimizing Risk, Boosting Digital Resilience	Public Policy Exchange
4. Sep. 2018 Brüssel, Belgien	The Importance of Art in Childhood: Case Studies from the UK and Finland	Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament (QOC)
3.-6. Sep. 2018 Comer See, Italien	Postponement of Parenthood	MPG, LSE, Bocconi University
6. Sep. 2018 Mailand, Italien	Youth and Health in Advanced Societies. Risks, Consequences and Policies	Population Europe, Bocconi University
5.-8. Sep. 2018 Porto, Portugal	9th ESFR Conference „Families through the lens of diversity“	European Society on Family Relations (ESFR)
7. Sep. 2018 Bern Schweiz	Nationale Konferenz gegen Armut	Schweizer Bundesamt für

		Sozialversicherungen
24.-26. Sep. 2018 Wien, Österreich	9th Child in the City World Conference	Child in the City Foundation
25.-27. Sep. 2018 Wien, Österreich	Fundamental Rights Forum – connect.reflect.act	European Union Agency for Fundamental Rights (FRA)
4.-5. Okt. 2018 Graz, Österreich	Building sustainable and future-proof education systems: How can families contribute to a paradigm shift?	COFACE Families Europe, KFÖ
4.-5. Okt. 2018 Barcelona, Spanien	Technology and Digitalization in Social Care: The impact on Education, Employment and Independent Living	European Association of Service Providers for Persons with Disabilities (EASPD)
24. Okt. 2018 Brüssel, Belgien	Protecting Migrant Children and Unaccompanied Minors in the EU: Developing a Co-ordinated Approach to the Emerging Crisis	Public Policy Exchange
29.-31. Okt. 2018 Opatija, Kroatien	Building a better Europe with children: All aboard!	Eurochild
30. Okt. 2018 Brüssel, Belgien	Tackling Childhood Obesity in the EU: Halting the Rise through Prevention and Closer Collaboration	Public Policy Exchange
7. Nov. 2018 London, England	10th Annual Young People's Sexual Health and Well Being Symposium: Delivering Effective and Inclusive PSHE and SRE	Public Policy Exchange
8. Nov. 2018 Berlin, Deutschland	Abschlussveranstaltung: Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland	DJI, JUGEND für Europa, BMFSFJ
22. Nov. 2018 Brüssel, Belgien	Tackling Violence against Women and Girls in the EU: Educating, Empowering, Protecting and Prosecuting	Public Policy Exchange
22.-23. Nov. 2018 Strasbourg, Frankreich	4th International Conference on Shared Parenting (ICSP)	Office of the Secretary General of the Council of Europe

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Anna Müller, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

